



Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) und Umweltminister Olaf Lies (SPD) stellten den Jahresbericht „Der niedersächsische Weg“ gemeinsam vor. Stratenschulte/dpa

Donnerstag, 22. Juli 2021

Auf dem Weg der Kompromisse

Hannover. Als bundesweit wegweisende Abmachung wurde der sogenannte Niedersächsische Weg, ein Kompromiss zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, seit seiner Besiegelung im vergangenen Jahr angepriesen. Am Mittwoch haben Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) und Umweltminister Olaf Lies (SPD) eine erste positive Bilanz der Abmachung gezogen, die Bauern Ausgleichszahlungen des Landes für freiwillige Naturschutzmaßnahmen zusichert.

Was verbirgt sich hinter dem Niedersächsischen Weg? Voraussetzung für die konkret getroffenen Vereinbarungen war zunächst das Austarieren eines neuen Miteinanders, eines Interessenausgleichs zwischen Naturschutzverbänden sowie der im Agrarland Nummer eins wirtschaftlich wichtigen Agrarlobby. An die Stelle von Anfeindungen und Beschuldigungen rückte ein Kompromiss in der Sache – Umweltminister Lies sprach von einem Gesellschaftsvertrag. Statt Landwirte mit immer stärkeren Auflagen und Gesetzen zu mehr Naturschutz zu zwingen, gibt es als Anreiz Ausgleichszahlungen.

Worum geht es konkret? Mit dem Maßnahmenpaket soll unter anderem der Gewässerschutz verbessert werden, zudem sind neue Vorgaben zum Schutz von Vögeln und Grünland sowie zum Einsatz von Pestiziden geplant. Für Insekten- und Naturschutzmaßnahmen erhalten Landwirte einen Ausgleich.

Was war der Motor der Vereinbarung? Die rot-schwarze Landesregierung hatte den Niedersächsischen Weg beschleunigt vorangetrieben, auch um ein von den Grünen unterstütztes Volksbegehren der Umweltverbände zur Artenvielfalt auszubremsen. Nach Beschluss von verbesserten Umweltgesetzen im November im Landtag verkündeten die Initiatoren das Aus des Volksbegehrens. Wesentliche Ziele seien erreicht worden, hieß es.

Wie ist der Rückhalt in der Landespolitik für die Vereinbarung? Der Niedersächsische Weg wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen vom Landtag verabschiedet. Sehr selten gibt es eine so einmütige

Unterstützung für das Regierungshandeln. „Es sollte auch Maßstab weiterer Politik sein, dass, wenn man Naturschutzleistungen von der Landwirtschaft möchte, diese dafür auch bezahlt wird“, sagte Lies am Mittwoch. „Keine Koalition, wie immer sie aussieht, kann aufgeben, was hier vereinbart worden ist.“

Ministerin Otte-Kinast rief Verantwortliche auch in den Kreistagen und Gemeinden auf, den mit dem Niedersächsischen Weg vereinbarten Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu unterstützen.

Berliner Pläne für mehr Artenschutz brachten die niedersächsische Regelung ziemlich unter Druck. Was ist der Stand der Dinge? Die Entwürfe für ein geändertes Bundesnaturschutzgesetz sowie eine Pflanzenschutzanwendungsverordnung trieben Landwirte im Februar mit ihren Traktoren zu Protesten nach Berlin. Die Sorge war, dass die Regelungen den Niedersächsischen Weg aushebeln. Seit der Besiegelung des Insektenschutz-Pakets auf Bundesebene Ende Juni steht aber fest, dass die Bundesländer ungeachtet der Bundesregelungen zum Insektenschutz auch freiwillige Vereinbarungen mit der Landwirtschaft treffen können.

Ist die Landwirtschaft mit der Regelung zufrieden? Der Präsident des Landesbauernverbandes, Holger Hennies, pocht nun auf rechtliche Regelungen auf Landesebene, die eine Umsetzung des Niedersächsischen Weges gewährleisten. Weiterhin sieht er durch den Berliner Kurs die Landwirte benachteiligt, die in Schutzgebieten wirtschaften und sich dort um den Erhalt der Biodiversität bemühen.

Was halten die Naturschutzverbände von der Vereinbarung? „Das ist der erste Schritt zur Wandlung unserer Gesellschaft und unserer landwirtschaftlichen Nutzung“, sagte der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes (NABU), Holger Buschmann am Mittwoch. In Zukunft würden weitere Gelder benötigt, nicht nur für den Arten-, sondern auch für den Klimaschutz. Für Maßnahmen im Rahmen des Niedersächsischen Weges stellt das Land derzeit jährlich mehr als 100 Millionen Euro bereit.

Und wie bewerten die Oppositionsfraktionen, insbesondere die Grünen, den Niedersächsischen Weg? Es hapert an der Umsetzung der verbindlichen Regelungen, bei Förderprogrammen und Kontrollen, kritisieren die Grünen. „Offenbar fehlt der Landesregierung der nötige Wille und die Kraft, eine wirkliche Wende einzuleiten, sie räumt dem Artenschutz nicht die nötige Priorität ein“, sagt Grünen-Landeschefin Anne Kura. (dpa/th)